

Ausfertigung



# KAMMERGERICHT

Im Namen des Volkes

Geschäftsnummer:

**1 WiO 1/11**

WiL 11/10 Landgericht Berlin

WiV 113/06 Generalstaatsanwaltschaft Berlin

Verkündet am: 17. Juli 2012.

Runge, Justizamtsinspektor

als Urkundsbeamter der

Geschäftsstelle des Kammergerichts

In dem berufsgerichtlichen Verfahren gegen

den Steuerberater und Wirtschaftsprüfer

[REDACTED]

geboren am [REDACTED] in [REDACTED]

geschäftsansässig in [REDACTED]

[REDACTED]

hat der 1. Senat für Wirtschaftsprüfer-, Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen des Kammergerichts in Berlin aufgrund der Hauptverhandlung am 17. Juli 2012, an der teilgenommen haben:

Vorsitzender Richter am Kammergericht [REDACTED]

als Vorsitzender,

Richterin am Kammergericht [REDACTED]

Richterin am Kammergericht [REDACTED]

Wirtschaftsprüferin [REDACTED]

Wirtschaftsprüferin [REDACTED],

als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt [REDACTED]

als Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft Berlin,

Rechtsanwalt [REDACTED]

als Verteidiger,

Justizangestellte [REDACTED]

als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Berufung des Berufsangehörigen wird mit der Maßgabe verworfen, dass gegen ihn eine Geldbuße in Höhe von 4.000,— Euro verhängt wird. Es wird festgestellt, dass von dieser Geldbuße ein Betrag von 3.000,— EUR als vollstreckt gilt.

Die Kosten des Berufungsverfahrens einschließlich der notwendigen Auslagen des Berufsangehörigen trägt die Wirtschaftsprüferkammer. Von den Kosten des erstinstanzlichen Verfahrens einschließlich seiner notwendigen Auslagen trägt der Berufsangehörige 1/3; im Übrigen trägt die Wirtschaftsprüferkammer die Kosten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

**Gründe:**

I.

Das Landgericht Berlin hat durch Urteil vom 20. Mai 2011 festgestellt, dass der Berufsangehörige gegen seine Berufspflichten verstoßen hat und gegen ihn eine Geldbuße in Höhe von 12.000,00 Euro verhängt. Gegen dieses Urteil hat der Berufsangehörige rechtzeitig mit Schriftsatz vom 15. Juli 2011 Berufung eingelegt und diese mit Schriftsatz vom 5. April 2012 in zulässiger Weise auf den Rechtsfolgenausspruch beschränkt.

Das Rechtsmittel hat in dem aus dem Urteilstenor ersichtlichen Umfang Erfolg.

Mit der Rechtsmittelbeschränkung sind die tatsächlichen Feststellungen des angefochtenen Urteils sowie der Schuldspruch in Rechtskraft erwachsen. Insoweit wird auf die Gründe des angefochtenen Urteils Bezug genommen. In der rechtlichen Bewertung führt das Landgericht aus, dass die Kammer von einem fahrlässigen Verstoß des Berufsangehörigen gegen die Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung ausgegangen ist.

Die erneute Hauptverhandlung hat zu folgenden Feststellungen geführt:

I.

Der jetzt 70 Jahre alte Berufsangehörige ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Seinen Sohn, der in USA lebt, unterstützt er nach eigenen Angaben finanziell, gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen bestehen jedoch nicht. Die Ehefrau ist schwer an Krebs erkrankt, wodurch weitere finanzielle Belastungen zu erwarten sind.

Der Berufsangehörige wurde am 30. März 1972 durch das Hessische Ministerium für Wirtschaftsprüfer bestellt. Bereits zuvor war er als Steuerberater zugelassen, einen

Beruf, den er auch heute noch innehat. Als Wirtschaftsprüfer war der Berufsangehörige zunächst bei einer der größten deutschen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder deren Vorgängerinnen in unterschiedlicher Stellung tätig. Er wechselte dann zu einer anderen großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, bis er im Januar 1995 eine eigene Praxis als Wirtschaftsprüfer gründete, in der er seitdem ununterbrochen tätig ist. Seit der Prüfungshandlung, die Gegenstand dieses Verfahrens ist, hat sich der Umfang seiner Wirtschaftsprüfertätigkeit deutlich reduziert. Mittlerweile konzentriert er sich überwiegend auf kleinere Beratungen, beschränkt sich auf zwei Jahresabschlüsse und übernimmt keine Abschlussprüfungen von Finanzdienstleistungsunternehmen mehr, bei denen früher ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag. Mit seiner Tochter [REDACTED] die längere Zeit als Angestellte gearbeitet hat und jetzt ebenfalls Wirtschaftsprüferin ist, hat er eine Bürogemeinschaft. Der Berufsangehörige verfügt über kein größeres Vermögen, keine regelmäßigen Einnahmen aus seiner beruflichen Tätigkeit und erhält lediglich geringe Mieteinnahmen. Ausweislich des Einkommensteuerbescheids der Eheleute [REDACTED] für das Jahr 2010 beliefen sich die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit in Form der freiberuflichen Tätigkeit in dem Jahr auf lediglich 19.484,— Euro, der Gesamtbetrag der Einkünfte auf 18.759,— Euro.

Der Berufsangehörige ist berufs- wie strafrechtlich nicht vorbelastet.

## II.

Für die Ahndung der von dem Landgericht festgestellten Pflichtverletzung gemäß § 67 WPO kommen als zu verhängende berufsgerichtliche Maßnahmen gemäß § 68 WPO in der zum Zeitpunkt der Vollendung der Berufspflichtverletzung maßgeblichen Fassung eine Warnung, ein Verweis sowie eine Geldbuße bis zu 100.000 Euro in Betracht. Die übrigen berufsrechtlichen Maßnahmen sind auch im Hinblick auf das Verschlechterungsverbot vorliegend nicht relevant. Angesichts der nicht unerheblichen Berufspflichtverletzung ist die Verhängung einer Warnung oder eines Verweises nicht angezeigt. Der Senat hat die Festsetzung einer Geldbuße in Höhe von

4.000,— Euro als angemessene und gebotene berufsgerichtliche Maßnahme angesehen.

Hierbei hat der Senat erheblich mildernd berücksichtigt, dass der Berufsangehörige den Berufspflichtenverstoß fahrlässig, zudem in geringer Ausprägung, begangen hat. Angesichts der erheblichen kriminellen Energie, die der verstorbene Herr [REDACTED] sowie der Zeuge [REDACTED] im Hinblick auf das fiktive Konto [REDACTED] aufgewandt haben, teilt der Senat die Auffassung des Landgerichts, dass zugunsten des Berufsangehörigen nach dem Grundsatz in dubio pro reo nicht davon ausgegangen werden kann, dass bei einer ordnungsgemäßen Prüfungstätigkeit die Manipulationen von [REDACTED] zwingend aufgedeckt worden wären. Es ist nicht auszuschließen, dass es den Herren [REDACTED] und [REDACTED] gelungen wäre, mit weiteren Manipulationen, möglicherweise unter Einbeziehung von [REDACTED] Mitarbeitern gegebenenfalls durch Bestechung oder in anderer Weise die von ihnen getätigten Betrugshandlungen noch länger zu kaschieren, so dass sie nicht früher als tatsächlich geschehen im März 2005 aufgedeckt worden wären.

Hinzu kommt, dass der langjährig tätige Berufsangehörige straf- und berufsrechtlich nicht vorbelastet ist und durch seine Berufungsbeschränkung gewissermaßen ein Schuldeingeständnis abgegeben hat.

Ferner ist zugunsten des Berufsangehörigen zu bewerten, dass sich nach den Feststellungen des Landgerichts keine Anhaltspunkte dafür ergeben, er habe eine Gefälligkeitsprüfung vorgenommen. Vielmehr soll er seinen Prüfungsauftrag korrekt und ernsthaft durchgeführt, in diesen viel Arbeit investiert haben und in Detailpunkten den Mitarbeitern von [REDACTED] durchaus mit kritischen Nachfragen entgegen getreten sein.

Das Landgericht hat für die Verhängung einer spürbaren Geldbuße als ausschlaggebend die große wirtschaftliche Bedeutung der Berufspflichtverletzung des Berufsangehörigen erachtet sowie den Umstand, dass von den Manipulationen von [REDACTED] eine fünfstellige Zahl von Anlegern betroffen gewesen seien. Diese Auffassung teilt der Senat nicht. Der Schaden allein für die hier maßgebliche Abschlussprüfung für

das Jahr 2003 ist nicht sicher feststellbar, er wurde durch das Landgericht nicht ausdrücklich beziffert. Das Landgericht hat insoweit lediglich festgestellt, dass der Gesamtschaden, den die [REDACTED] Anleger für den Zeitraum von 1992 bis zum Zusammenbruch der [REDACTED] im März 2005 erlitten hätten, in dem Strafverfahren gegen Herrn [REDACTED] auf über 300 Millionen geschätzt worden sei. Zu berücksichtigen ist dabei, dass ein Großteil des Schadens in den weiteren Anlegerjahren entstanden sein dürfte, so dass zugunsten des Berufsangehörigen davon auszugehen ist, dass im Jahr 2003 der Schaden kein Maß erlangt hat, das eine hohe Ahndung der Pflichtverletzung erfordert. Zudem hat der Vorfall seinerzeit eine erhebliche Medienaufmerksamkeit erfahren, zur jetzigen Zeit wird jedoch über den Vorgang nicht mehr berichtet.

Darüber hinaus sind hinsichtlich der zu verhängenden Geldbuße die aktuellen, verhältnismäßig bescheidenen finanziellen Einkommensverhältnisse des Berufsangehörigen zu berücksichtigen. Sie sind zwar von untergeordneter Bedeutung, beeinflussen die Fühlbarkeit der berufsgerichtlichen Maßnahme aber entscheidend.

Generalpräventive Gründe sind bei der Bemessung der Sanktion im vorliegenden Fall ohne Belang, weil es sich um einen im Hinblick auf die in der zu prüfenden Gesellschaft entwickelte kriminelle Energie und den Schadensumfang insgesamt einzigartigen Vorgang gehandelt hat.

### III.

Als Ausgleich für rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung gilt von der verhängten Geldbuße ein Betrag in Höhe von 3000,— Euro als vollstreckt.

1. Der rechtsstaatliche Grundsatz, unangemessene Belastungen durch eine lange Dauer des Verfahrens zu vermeiden, gilt auch im berufsrechtlichen Verfahren der Wirtschaftsprüfer (vgl. für Steuerberater: BGH NJW 2010, 1155). Dies folgt bereits aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes.

Zu dem damit gewährleisteten fairen, rechtsstaatlichen Verfahren gehört auch die Herstellung von Rechtssicherheit innerhalb angemessener Zeit. Mit diesem grundrechtlichen Schutz der durch berufsrechtlichen Maßnahmen betroffenen Wirtschaftsprüfer korrespondiert nach der gefestigten Rechtsprechung der ebenfalls zu berücksichtigende konventionsrechtliche Schutz durch Art. 6 Abs. 1 Satz 1 MRK (vgl. BVerfGE 74, 358; 111, 307; BGH a. a. O.). Berufsrechtliche Disziplinarverfahren, bei denen – wie vorliegend (vgl. § 68 Abs. 1 Nr. 5 u. 6 WPO a. F.; § 68 Abs. 1 Nr. 3 u. 4 WPO n. F.) – die Ausübung des Berufs auf dem Spiel steht, unterfallen danach jedenfalls als Streitigkeiten über einen zivilrechtlichen Anspruch regelmäßig dessen sachlichen Geltungsbereich (BGH a. a. O.; Vogler in IntKomm. EMRK, Art. 6 Rdn. 232 m. w. N.). Auch konventionsrechtlich ist mithin eine Verhandlung in angemessener Frist im berufsrechtlichen Verfahren geboten und ein Verstoß hiergegen gegebenenfalls zu kompensieren.

2. Die jeweils angemessene Dauer des Verfahrens ist nach den Umständen des Einzelfalls zu bestimmen (vgl. BVerfG NJW 2003, 2225; BGH a. a. O.). Solche, in die Gesamtwürdigung einzustellende Gesichtspunkte sind etwa der durch die Justiz verursachte Zeitraum der Verfahrensverlängerung, die Gesamtdauer des Verfahrens, die Schwere des Tatvorwurfs, die Schwierigkeit des Verfahrensgegenstands, mögliche Ursachen im Verhalten des Betroffenen für die Verfahrensdauer sowie das Ausmaß der mit der Dauer des schwebenden Verfahrens für ihn verbundenen besonderen Belastungen (BVerfG a. a. O.; BGH a. a. O.).

3. Zu berücksichtigen ist danach vorliegend zunächst der lange Zeitraum von etwa eineinhalb Jahren zwischen der Kenntniserlangung von etwaigen Vorwürfen gegen den Berufsangehörigen durch die Wirtschaftsprüferkammer (WPK) im März 2005 und das Schreiben der WPK an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin gemäß § 84 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WPO im Dezember 2006. Zwischen diesem Schreiben und der ersten Anhörung des Berufsangehörigen im November 2007 lagen ebenfalls erneut knapp elf Monate. Nach der ersten Anhörung ruhte das Verfahren gegen den Berufsangehörigen etwa sechzehn Monate bis Mai 2009. In dieser Zeit wurden lediglich die parallel laufenden Ermittlungen gegen die Berufsangehörigen von [REDACTED] forciert. Die Feststellungen zu dem Verfahrensverlauf beruhen auf den Angaben der

Zeugin [REDACTED] an deren Glaubwürdigkeit der Senat keinen Anlass zu zweifeln sah.

Angesichts der zwar überdurchschnittlichen Schwierigkeit der Sach- und Rechtslage liegt in der Gesamtschau eine der WPK und der Justiz zuzurechnende beträchtliche Verfahrensverzögerung vor. Nicht nachvollziehbar ist, dass die WPK zunächst selbst vergeblich bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Akteneinsicht beantragt hat, ohne bereits zu diesem Zeitpunkt die Generalstaatsanwaltschaft Berlin einzuschalten (vgl. § 84 a Abs. 1 Satz 1 WPO). Ferner wäre eine stringendere Vorgehensweise anhand eines konkreten Prüfungsplans und insbesondere auf der Grundlage des Urteils des Landgerichts Frankfurt am Main vom 11. Juli 2006 gegen die Zeugen [REDACTED] und [REDACTED], das noch im selben Jahr rechtskräftig geworden ist, zu erwarten gewesen. Darüber hinaus sieht der Senat nicht die von der WPK angenommene Vorgehensweise der Ermittlungen gegen die Berufsangehörigen von [REDACTED] im Hinblick auf den Berufsangehörigen, was das "Ruhen" des hiesigen Verfahrens über einen Zeitraum von sechzehn Monate zur Folge hatte, zumal deren Prüfungstätigkeit bei der [REDACTED] durch den Auftrag des Bundesamts für Finanzdienstleistungen einen eng begrenzten Umfang hatte. Im Übrigen sind die erheblichen Belastungen des Berufsangehörigen während der langjährigen Dauer des schwebenden hiesigen Verfahrens sowie durch die von geschädigten Anlegern gegen ihn geführten über 300 Zivilverfahren, denen er keine rechtskräftige berufsgerichtliche Entscheidung entgegenhalten konnte, zu berücksichtigen. In der Zusammenschau erkennt der Senat eine rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung von jedenfalls drei Jahren als belegt.

4. Für die Kompensation gelten folgende Grundsätze: In leichten Fällen reicht es aus, eine rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung in den Urteilsgründen ausdrücklich festzustellen und gegebenenfalls ihre konkreten Auswirkungen, insbesondere bei einem großen zeitlichen Abstand zwischen Tat und Urteil, im Rahmen der allgemeinen Rechtsfolgenbemessung zu berücksichtigen. In schwerer wiegenden Fällen – wie vorliegend – hat sich der Tatrichter im berufsrechtlichen Verfahren der Wirtschaftsprüfer an der Rechtsprechung der Strafsenate des Bundesgerichtshofs zur so genannten Vollstreckungslösung zu orientieren (vgl. für den Steuerberater: BGH a. a. O.; BGHSt 52, 124).



5. Der Senat hat die Kompensation für die erlittene rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung auf 3.000,– Euro festgesetzt.

#### IV.

Die auf den §§ 124 Abs. 2, 127 WPO, 473 Abs. 4 StPO beruhende Kostenentscheidung für die Berufungsinstanz folgt aus der Erwägung, dass der Berufsangehörige einer Einstellung des Verfahrens gemäß § 153 a StPO gegen Zahlung einer Geldbuße zugestimmt hatte und das Verfahren daher nicht weiter hätte durchgeführt werden müssen.

Die Entscheidung über die Kosten für die erste Instanz beruht auf § 124 Abs. 1 Satz 1 WPO. Der Berufsangehörige ist lediglich teilweise mit den Kosten des Verfahrens und seinen notwendigen Auslagen zu belasten, weil die Geldbuße im hiesigen Verfahren deutlich reduziert worden ist.

#### V.

Ein die Zulassung der Revision rechtfertigender Grund gemäß § 107 Abs. 2 WPO ist nicht ersichtlich, weil der Senat nicht über Rechtsfragen oder Fragen der Berufspflicht entschieden hat, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Entscheidung betrifft lediglich auf den Einzelfall bezogene Fragen.

#### **Rechtsmittelbelehrung**

Die Nichtzulassung der Revision kann durch Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils schriftlich oder in elektronischer Form über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach angefochten werden. Die Beschwerde ist bei dem Kammergericht – 1. Senat für Wirtschaftsprüfer-, Steuerberater- und Steu-

erbevollmächtigtensachen –, Eißholzstraße 30/33, 10781 Berlin einzulegen. Sie muss das angefochtene Urteil sowie die grundsätzliche Rechtsfrage ausdrücklich bezeichnen.

Ausgefertigt

*Saus*  
Justizbeschäftigte/r

